

Seiten 2 und 3

Milliardenkosten? Berlins Olympia-Bewerbung für die Sommerspiele 2024 oder 2028

Seite 3

Berlins Schulden sind gesunken

Einladung zur Mitgliederversammlung 2014

Verschuldung Berlin

60.363.734.247

Mrd. Mio. Tsd.

Ihr pers. Anteil

17.712

Stand: 01.09.2014, 0:00 Uhr

Verkehrslenkung unterbesetzt

Gelder bleiben ungenutzt

Viele Berliner kennen das Problem: Berlin hat die eine oder andere marode Straße. Zur Beseitigung der Schäden stellt der Senat in diesem Jahr 25 Millionen Euro zur Verfügung.

Zwar gibt es einen Willen, aber leider anscheinend keinen Weg. Gelder aus dem Schlaglochprogramm des Senats bleiben ungenutzt liegen.

In vielen Berliner Bezirken sind die Firmen für die Instandsetzung der Straßen bereits beauftragt. Beginnen können die Arbeiten aber nicht. Die Berliner Verkehrslenkung kommt wegen eines Personalmangels mit der Arbeit nicht nach.

Viele Bezirke klagen über lan-

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Berliner Zeitung, sprechen sich 52 Prozent der Befragten für eine Bewerbung Berlins um die Olympischen Spiele aus. Nur! Denn 46 Prozent haben sich nach der gleichen Umfrage dagegen ausgesprochen. Besonders bemerkenswert finde ich auch die große Zustimmung unter den jüngeren Teilnehmern, während bei den über 45-jährigen die Ablehnung überwiegt.

Könnte das vielleicht daran liegen, dass bei den Ältern auch nach über zwei Jahrzehnten noch nicht ganz vergessen ist, was die Verantwortlichen seinerzeit mit den Steuermillionen in zweistelliger Höhe veranstaltet haben? Zwischen 51 und

89 Millionen D-Mark soll damals die grandios gescheiterte Bewerbung gekostet haben. Dossiers über intime Vorlieben der IOC-Mitglieder und geschredderte Buchhaltungsbelege über deren „Betreuung“ boten seinerzeit jedenfalls genügend Raum für Phantasien, wie man damals für Berlin als Austragungsort begeistern wollte. Geholfen hat es dennoch nichts, wahrscheinlich zum Glück!

Dem Rechnungshof erschwerte das jedenfalls die Arbeit. Eigentlich war das aber zum Schluss auch egal, weil ein durch die parlamentarische Mehrheiten gebremster Untersuchungsausschuss sowieso kein Problem erkennen wollte.

Ob die Landesregierung für eine erneute Bewerbung Berlins genügend Lehren aus der damaligen Kampagne gezogen hat, wage ich zu bezweifeln. Einzig die Erkenntnis, dass eine Landesregierung die ihr unterstellte Staatsanwaltschaft nicht zu fürchten braucht, wenn man nur rechtzeitig eine komplette Company durch den Reißwolf jagt, dürfte geblieben sein. Oder um es mit den damaligen Worten Dieppgens zu sagen: „Allein aus dem Fehlen schriftlicher Belege kann kein Vorwurf von Verschwendung abgeleitet werden.“

Heute werden die Kosten für eine Bewerbung auf 50 Millionen Euro taxiert. Angesichts des Mangels in der Stadt ist

das ein Stange Geld. Angesichts der geschätzten zwei Milliarden Euro, die die Olympischen Spiele angeblich kosten sollen, sind das natürlich Peanuts.

Ob das allerdings überhaupt reicht, kann jetzt noch niemand versprechen. Immerhin sollen die Spiele in Peking nach Medienberichten mindestens 40 Milliarden Dollar und damit sogar mehr als drei Mal so viel wie die Olympiade in Athen gekostet hat.

Das Argument, dass eine Olympiade ein guter Anlass wäre, die Infrastruktur aufzumöbeln, halte ich für nicht sehr überzeugend. Sowohl in Peking als auch in Athen verschlingen überdimensionierte Sportstätten gewaltige Summen für den Unterhalt. Reine Sportveranstaltungen können diese Kosten sicherlich nicht decken.

Als Bund der Steuerzahler interessiert uns aber auch Ihre Meinung als Steuerzahler. Bitte beteiligen Sie sich daher an unserer kleinen, nichtrepräsentativen Umfrage zu einer Olympia-Bewerbung Berlins.

(<http://bit.ly/Olympia-Berlin>)

Einen schönen September wünscht

Ihr
Alexander Kraus
Vorsitzender
BdSt Berlin e.V.



Berlins Olympia-Bewerbung für die Sommerspiele 2024 oder 2028

„Es wird auch Milliarden kosten, auch das ist klar!“

Im rbb-Sommerinterview räumte der Regierende Bürgermeister mit Illusionen über die Kosten für eine Olympia-Austragung auf. „Es wird auch Milliarden kosten, auch das ist klar!“, sagte Klaus Wowereit. Vor 21 Jahren war die Hauptstadt schon einmal mit einer Bewerbung als Austragungsort für die Sommerspiele 2000 gescheitert. Allein die Bewerbung hatte Millionen gekostet. Ein Untersuchungsausschuss befasste sich noch Jahre später mit der Aufarbeitung von Misswirtschaft, Bestechung und Korruption. Viele Beweise hatte der Reißwolf der „Olympia Berlin 2000 GmbH“ damals allerdings nicht übrig gelassen. Eine derartige Plünderung von Steuergeldern darf sich keinesfalls wiederholen.

Nachdem Berlin 1993 mit seiner Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 2000 gegen Sydney kläglich gescheitert war, bemühten sich die damaligen Verantwortlichen zu betonen, Berlin hätte sowieso nur eine Außenseiterchance gehabt. Umso ärgerlich war deswegen das, was der Rechnungshof über die liquidierte „Olympia Berlin 2000 GmbH“ später zutage förderte. Sein Bericht listete auf 152 Seiten eine unglaubliche Aneinanderreihung von handels- und haushaltsrechtlichen Verstößen auf. Ein Untersuchungsausschuss zur Olympia-Affäre führte aufgrund des Parteienproporz alles zu keinem Ergebnis.

Klaus Wowereit, damals noch stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, kommentierte den Bericht 1996 im Berliner Abgeordnetenhaus so: „Die vom Rechnungshof nachgewiesenen Verstöße gegen das Haushaltsrecht durch die Senatskanzlei und

den Zuwendungsempfänger, aber viel mehr noch der grenzenlose Dilettantismus der Olympia GmbH zum Schaden Berlins lassen die Entscheidung des IOC, Sydney den Zuschlag für die Olympischen Spiele zu erteilen, im Nachhinein als den größten Glücksfall für die Stadt Berlin erscheinen, wenn ich mir vorstelle, in welche Richtung uns diese Olympia GmbH geführt und welchen finanziellen Schaden sie uns zugefügt hätte, wenn sie hätte weiterarbeiten dürfen.“

Weiter kritisierte Wowereit das Finanzgebaren der Olympia-GmbH. Fremdleistungen seien in der Größenordnung von fast 40 Millionen D-Mark vergeben worden. Von stichprobenweise geprüften Fremdleistungen im Wert von 17,2 Millionen D-Mark hätten nur Vertragsdokumente für Leistungen im Wert von 3,8 Millionen DM vorgelegen. Ausschreibungen oder Kostenvergleiche seien nicht durchgeführt worden.

Forderungen des Bundes der Steuerzahler:

Olympischen Spiele kommen, darf es der Regier zusammen mit den beteiligten Wirtschaftsunternehmen privatrechtliche Bewerbungsgesellschaften mit dem Prüfungsrecht des Rechnungshofes unterliehen. Sie sind bei voller Regresspflicht auf die Einhalten der Vorschriften verpflichtet werden. Es muss sichergestellt werden, dass durch das Schreddern von Akten und Belegen



Das schrieb der BdSt damals zur Olympia-Bewerbung 2000:
<http://bit.ly/Olympia2000>



Sollte es zu einer Bewerbung Berlins um die Welterbestadt nicht wieder so leicht gemacht werden, so sollen Unternehmen die Staatskasse zu plündern. Auch Tochtergesellschaften müssen ebenso wie deren Tochtergesellschaften haushalts- und handelsrechtlicher Vor- und Nachteile der Tochtergesellschaften vorliegen. Die Geschäftsführer müssen vertraglich verpflichtet werden, dass sich kein Verantwortlicher aus der Verantwortung stehlen kann.

Tatsächlich hatte der Berliner Rechnungshof, nachdem er drei Jahre bei seinen Ermittlungen behindert worden war, nicht mehr allzu viele Dokumente vorgefunden. Zahlreiche Akten, die nach Zeugenaussagen existiert hatten, waren fein säuberlich durch den Reißwolf gejagt worden. Teilweise waren Verträge über Millionen-Honorare und Arbeitsverträge aber auch gleich mündlich geschlossen worden. Auch sonst hatten die Olympia-Macher die Spendierhosen an. Für 760.000 D-Mark beliefen sich z.B. die Hotelkosten für den Besuch von Vertretern der Berliner Wirtschaft und Politik, um bei den Olympischen Spielen in Barcelona für Berlin zu werben. Allein 172.000 D-Mark waren zudem in den Sand gesetzt worden, weil man zunächst fälschlicherweise ein Hotel gebucht hatte, das 130 Kilometer von Barcelona entfernt liegt.

Für Eberhard Diepgen, damals Regierender Bürgermeister und verantwortlicher Aufsichtsratsvorsitzender der Olympia-GmbH, war die Sache mit Blick auf Regressansprüche gegen den Geschäftsführer hingegen ganz einfach. „Der Senat teilt damit nicht Schlussfolgerungen des Rechnungshofs aus den kritisierten Tätigkeiten der Olympia GmbH. Berlin ist kein finanzieller Schaden entstanden. Allein aus dem Fehlen schriftlicher Belege kann kein Vorwurf von Ver-

schwendung abgeleitet werden. (...) Wo kein Schaden ist, kann auch kein Schadensersatz beantragt werden“, sagte Diepgen 1996 im Abgeordnetenhaus. Der Rechnungshof sah sich allerdings durch das Fehlen von Unterlagen erheblich in seinem Erkenntnisprozess behindert.

Über Geschenke für IOC-Mitglieder und deren Reise- und Bewirtungskosten wollte sich Wowereit zwar nicht auslassen, stichelte damals aber im Plenum gegen Diepgen: „Koste es was es wolle – das Land Berlin wird es schon bezahlen. 2,6 Millionen DM für IOC-Mitglieder ausgegeben, und dafür neun Stimmen erhalten zu haben – dies ist olympiareif“.

Dabei wäre es sicherlich interessant gewesen, wie die „Betreuung“ durch die Olympia-GmbH damals wirklich ausgesehen hat. Die Medien hatten schließlich von pikanten Geheimdossiers über intime Vorlieben der IOC-Hoheiten berichtet, die von der landeseigenen Tochter geführt worden seien.

Im Abgeordnetenhaus war damals die Rede von 51 Millionen D-Mark, die der Senat aus Steuergeldern in die Olympia-Bewerbung gesteckt hatte. Der Bund der Steuerzahler hatte 1994 sogar eine Summe von 89 Millionen D-Mark errechnet. Der Deutsche Olympische Sportbund will am 6. Dezember entscheiden, mit welcher deutschen Stadt er sich bewerben wird.

